

Pressemitteilung

13. März 2025

„Das ist eine Katastrophe“

Cyberangriff auf die Daten von Opfern sexuellen Kindesmissbrauchs auf Servern der Kirche!

Als vor zwei Wochen bekannt wurde, dass die Computersysteme der Deutschen Bischofskonferenz durch einen Hackerangriff kompromittiert worden waren, hatten es viele Betroffene gefürchtet. Jetzt ist es bestätigt: Auch die Daten von Opfern sexuellen Kindesmissbrauchs sind betroffen, die sich in der Hoffnung auf eine finanzielle Wiedergutmachung an die von den katholischen Bischöfen eingerichtete „Unabhängigen Kommission für Anerkennungsleistungen (UKA)“ gewandt hatten.

Die Daten der Betroffenen lagen also auf den Servern der Deutschen Bischofskonferenz. So viel zur „Unabhängigkeit“ dieses Gremiums.

Unabhängig von der Frage, ob es wirklich, wie von einer Cybererpressergruppe im Darknet angedroht, zu einer Veröffentlichung von Daten kommt oder nicht, ist dies ein maximaler Vertrauensbruch.

Es zeigt deutlich, wie unprofessionell die Kirche mit diesen hochsensiblen Daten umgeht. Immer wieder hatte es in der Vergangenheit Zweifel gegeben, ob die behauptete Trennung zwischen Amtskirche einerseits und der von ihr eingesetzten „unabhängigen“ Kommission, die über die Anträge entscheidet, wirklich besteht und Namen von Antragstellern und Informationen zu an ihnen verübten Missbrauchsverbrechen nicht doch innerkirchlich zugänglich sind.

Betroffene, die ein besonderes Schutzbedürfnis für ihre Daten haben - wie zum Beispiel Menschen, die in einem direkten Bezug zur Kirche stehen, oder die in ihrem Familienkreis nie über die Gewalterfahrung in ihrer Kindheit gesprochen haben – müssen sich jetzt in ihrer Skepsis bestätigt fühlen. Der letzte Rest von Vertrauen in die Kirche geht jetzt verloren. Das ist für die Betroffenen eine Katastrophe.

Für die Betroffeneninitiative Eckiger Tisch ist dieser Datenskandal ein weiterer Beleg dafür, dass es notwendig ist, das bestehende sog. UKA-System der Bischöfe zu einer fairen, transparenten und nachvollziehbaren Entschädigungslösung weiterzuentwickeln. Dazu muss dieses System tatsächlich von der Kirche unabhängig aufgesetzt werden. Dies könnte etwa in Form einer öffentlichen Stiftung, an der auch der Staat und Betroffene mitwirken, erreicht werden.

Es braucht jetzt einen Neuanfang.

Matthias Katsch
Sprecher und Geschäftsführer